

# Stolper Post

Tageszeitung  
für Stadt und Land

Amliches  
Publikationsorgan

Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.



Anzeigenpreis: Die 6gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten im Stadtbezirk Stolp 10 Goldpfennig, für Stellengebote und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die 3gespaltene Reklamezeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland

Nr. 261

Stolp, Sonnabend, den 6. November 1926

50. Jahrgang

## Ausnahmezustand in Italien.

### Todesstrafe und Parteigerichte.

Rom, 5. November. (Stefani.) Der Ministerrat nahm heute zunächst den Bericht des Ministers des Innern Federzoni über die tiefe Erregung und Entrüstung entgegen, die der Anschlag auf Mussolini in ganz Italien hervorgerufen hat und nahm dann „im Interesse der öffentlichen Ordnung“ vorgeschlagene Maßnahmen an:

Bei der Beratung der neuen Maßnahmen zum Schutze der öffentlichen Ordnung legte der Justizminister dem Ministerrat einen Gesetzentwurf vor, in dem unter Abänderung der betreffenden Paragraphen des Strafgesetzbuches für Anschläge auf Leben und Freiheit der Mitglieder des Königshauses und des Chefs der Regierung, ferner für die unter den Begriff des Landesverrats fallenden Verbrechen und für bewaffneten Widerstand gegen die Staatsgewalt, sowie Aufreizung dazu die Todesstrafe vorgesehen wird. Die Verteidigung solcher Verbrechen in der Presse, die Neubildung verbotener politischer Verbände werden mit Zuchthausstrafen, die sich zwischen 5 und 30 Jahren bewegen, belegt.

In dem Gesetzentwurf zum Schutze des Staates wird weiterhin für die Verbreitung falscher Nachrichten über die innere Lage des Staates und die Entfaltung einer den nationalen Interessen schädlichen Tätigkeit eine Strafe von 5 bis 15 Jahren Zuchthaus vorgesehen. Eine Verurteilung in Abwesenheit schließt den Verlust des Bürgerrechtes und eine Konfiskation des Eigentums in sich. Die Wirkungen eines Urteils in Abwesenheit hören im Falle der Verhaftung des Verurteilten auf. Ein Bürger oder Ausländer, der im Auslande die im Gesetzentwurf behandelten Verbrechen begeht, wird auf Grund dieses Gesetzes in Italien bestraft und abgeurteilt, auch wenn schon im Ausland ein Urteil gegen ihn ergangen ist.

Als weitere Einzelmaßnahmen sind vorgeschlagen und beschlossen:

1. Ist die Revision aller für Reisen ins Ausland gegebenen Genehmigungen und die Annullierung aller bereits ausgebenen Pässe verfügt worden.
2. Sind schwere Strafen festgesetzt für alle Versuche, das Land ohne ordentliche Pässe zu verlassen. Es besteht die Verpflichtung, auf solche Personen zu schießen, die das Land über nicht zugegebene Alpenpässe zu verlassen trachten.
3. Sämtliche antisozialistische Tageszeitungen oder Zeitschriften sind auf unbestimmte Zeit verboten.
4. Sämtliche Parteien, Vereinigungen und Organisationen, die gegen das faschistische Regime sind, werden aufgelöst.
5. Ein Zwangsausweis wird für diejenigen eingerichtet, die die offene Absicht ausgeführt oder kundgegeben haben, Handlungen zu begehen, die darauf abzielen, die sozialen, ökonomischen oder nationalen im Staat gebildeten Gefüge gewaltsam abzuändern oder die Sicherheit des Staates zu gefährden.
6. Bei jedem Legionärskommando der Miliz wird eine politische Polizei eingerichtet.

Die Aburteilung der angeführten Verbrechen unterliegt Sondergerichten aus je fünf Offizieren der Miliz unter Vorsitz eines Generals der Armee oder der Miliz. Sämtliche vorgeschlagenen Maßnahmen wurden vom Ministerrat angenommen.

### Gegen die Erwerbslosennot.

Aus dem Reichstage.

Berlin, 5. November 1926.

Der Reichstag beschäftigte sich heute mit den Anträgen des Sozialen Ausschusses zur Erwerbslosenfürsorge.

Der Ausschuss, für den Abg. Brey (Soz.) berichtet, ersucht in einem Antrag an die Reichsregierung, in der unterstützten Erwerbslosenfürsorge:

- a) bis zum 31. März 1927 die Bezüge der Hauptunterstützungsempfänger mit Wirkung vom 8. November 1926 ab zu erhöhen, für ledige Erwerbslose um 15 Prozent, für alle übrigen um 10 Prozent;
- b) die obere Grenze so zu gestalten, daß auch das vierte Kind den vollen Zuschlag erhält;
- c) durch Ausführungsbestimmungen sicherzustellen, daß die Prüfung der Bedürftigkeit gleichmäßig und entgegenkommend gehandhabt wird.

Kleinerer Besitz, Spargroschen, Hausrat, kleines Eigentum, darf nicht zur Verneinung der Bedürftigkeit gehören.

b) Es ist zu verhindern, daß Arbeitsstellen mit fortlaufender voller Arbeitsfähigkeit im Wege der Pflichtarbeit besetzt werden;

c) den Erwerbslosen sind die Anwartschaften in der Invaliden-, Angestellten- und Knappschaftlichen Pensionsversicherung sicherzustellen.

Weiter wird die Regierung um Gesetzesvorlagen ersucht, wonach gegen erwerbslose Mieter nicht ein Verfahren wegen rückständiger Miete mit dem Ziele der Zwangsäumung durchgeführt werden darf und wonach das Wohnungsgeld der Ehefrau und die Leistungen der Familienwochenhilfe nicht auf die Erwerbslosenunterstützung des Ehemannes angerechnet werden. Die von den Regierungsparteien geforderte Krisenfürsorge für die Ausgesteuerten ist im Ausschuss daran gescheitert, daß bei Stimmhaltung der Deutschnationalen und der Wirtschaftlichen Vereinigung ein sozialdemokratischer Antrag angenommen wurde, der die Grenze für die Unterstützungsdauer überhaupt beseitigt.

Abg. Brey (Soz.) tritt im Anschluß an den Ausschussbericht in seiner Eigenschaft als Abgeordneter für die weitergehenden sozialdemokratischen Forderungen auf Erhöhung der Unterstützungssätze um 30 Prozent, der Familiensätze um 20 Prozent und die vollständige Aufhebung der Bedürftigkeitsprüfung ein.

Abg. Schulz-Bromberg (Deutschn.) gab für seine Fraktion eine Erklärung ab, wonach die Möglichkeiten zu einer wirklichen Ueberwindung der Erwerbslosigkeit nur in einer völligen Umwälzung der deutschen Wirtschaftspolitik zu sehen seien. Die öffentliche Pflicht zur Erwerbslosenfürsorge habe die deutschnationale Fraktion stets anerkannt. Aus sozialen Gründen müßten im gegenwärtigen Zeitpunkt diejenigen Erwerbslosen bei der Verteilung neuer Mittel bevorzugt werden, die für Familien zu sorgen haben und unter höheren Lasten leiden. Die jetzige Vorlage benachteilige diejenigen Erwerbslosen, die besonders bedürftig sind, zugunsten der Ledigen. Auch die Möglichkeit zur späteren Einführung eines Lohnklassensystems sei verbaut. Die deutschnationale Fraktion werde daher in ihrer überwiegenden Mehrheit die Vorlage ablehnen.

Abg. Andre (Ztr.): Wir halten grundsätzlich am Achtstundentag fest. Von der Rationalisierung der Wirtschaft müssen auch die breitesten Arbeitermassen Nutzen haben. Wir begrüßen das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung. Der Redner wendet sich dann gegen die wirtschaftliche Vereinigung, die im Ausschuss durch ihre Zustimmung zu dem sozialdemokratischen Antrag die Krisenfürsorge für die Ausgesteuerten in Fall gebracht hätte. — Dringend notwendig sei die schleunige Verabschiedung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes. (Beifall im Zentrum.)

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns stellt fest, daß die Zahl der unterstützten Erwerbslosen gegenüber dem 1. März d. J. um 700 000 abgenommen habe. Bei den männlichen Erwerbslosen betrug die Abnahme 30, bei den weiblichen 23 Prozent. Eine wesentliche Besserung des Arbeitsmarktes ist nicht zu verkennen. Die Bemühungen der Regierung zur Arbeitsbeschaffung haben auch einen gewissen Anteil an der Senkung der Arbeitslosenzahl. Bei Reichsbahn und Reichspost sind Arbeiten im Gange und auch an den Siedlungen und den Landarbeiterwohnungen wird gearbeitet. Darin liegt schon ein gut Stück des Produktionsprogramms, das Abg. Schulz-Bromberg, verlangte. Die dauernde Besserung des Arbeitsmarktes kann nur aus der Wirtschaft heraus erwachsen. Es wirkt beunruhigend, wenn bei der schlechten Lage des Arbeitsmarktes in einzelnen Betrieben noch viel Ueberarbeit geleistet wird, um die Einstellung neuer Arbeitskräfte zu ersparen. Die Ministerien machen schon bei der Vergütung von Arbeiten zur Bedingung, daß Ueberstunden nicht gemacht werden dürfen. Sollte das keinen Erfolg haben, so wird das Mittel der Gesetzgebung angewandt werden müssen. Das gilt auch für die bedauerliche Erscheinung, daß bei der Rationalisierung meist ältere Angestellte und Arbeiter entlassen werden, daß man nur den Nehesten, nicht aber das menschliche Gefühl anwendet.

Abg. Thiel (Dt. Vpt.): Während die Zahl der erwerbslosen Arbeiter zurückgeht, ist die Erwerbslosenzahl bei den Angestellten immer noch im Wachsen begriffen. Hier zeigt sich die Notwendigkeit, möglichst schnell die Arbeitslosenversicherung durchzuführen. Es wird notwendig sein, den Gemeinden und Ländern einen Teil ihrer Lasten für die Erwerbslosen abzunehmen und auf das Reich zu übernehmen. Es ist ein schreiendes Unrecht, wenn man die Erwerbslosen zum großen Teil als Arbeitschene hinstellt.

Darauf wird die Beratung abgebrochen. Nächste Sitzung Sonnabend.

Im Sozialpolitischen Ausschuss, der vor der Vollziehung des Reichstags tagte, wurde bei Stimmhaltung der Deutschnationalen, der Wirtschaftlichen Vereinigung und der Volkischen ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, der die Institution der Ausgesteuerten überhaupt beseitigt, sodas die Erwerbslosenfürsorge ohne Begrenzung der Zeit zu zahlen ist.

### Praktische Siedlungspolitik.

Siedlungspolitik wird nur dann einen Erfolg haben, wenn sie getragen wird von dem starken Willen einer Volksbewegung. Das diese Bewegung auf dem Marsche ist, bewies der Siedlungstag des Nassauischen Landbundes in Limburg an der Lahn unter dem Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Hepp, dem Vorsitzenden der Nassauischen Bezirksbauernschaften und Präsidenten des Reichs-Landbundes. Das Hauptgewicht der Tagung war auf die Frage der praktischen Durchführbarkeit gelegt. Dazu führte der Hauptredner, Geheimrat Dr. Ponsich, etwa folgendes aus:

1. Die Landfrage sei absolut für eine lange Reihe Jahre gelöst. Im Osten liegt jedes dritte Gut auf dem Markt, in Niederschlesien seien allein 168 Güter angeboten.

2. Wichtig sei die Siedlerfrage; man brauche tüchtige Kerls, die den nötigen Unternehmungsgeist zur Siedlung hätten.

3. Die Organisation der Siedlung sei für lange Zeit gelöst, 412 Gesetze beständen allein. In jeder Provinz wären Siedlungsgesellschaften und Fachleute genug zur praktischen Durchführung. Der bürokratische Betrieb müsse endlich zurücktreten und die Praxis das Wort haben.

4. Es bleibe nur noch die vierte und wichtigste Frage, die Geldfrage. Auf Antrag der Herren Hepp und Trebitz im Reichstag seien für die nächsten 5 Jahre je 50 Millionen (zusammen 2 Milliarden) zur Verfügung gestellt, ebenso von Preußen 40 Millionen. Aus dieser Summe erhalten Siedler Zuschüsse zu tragbarem Zinsfuß, außerdem müsse jeder Siedler ein anzuzahlendes Kapital in Höhe von nicht unter einem Drittel des nötigen Kapitals selbst mitbringen, wenn er Aussicht haben wolle, sich durchzusetzen.

Bei der Annahme von 50 Morgen Durchschnittsgröße (40 bis 80 Morgen, je nach Bodenverhältnissen) werde eine Summe von 25 000 Mark gebraucht, von der der Siedler selbst 8000 bis 10 000 Mark aufbringen müsse.

Die Lösung der Anzahlungsfrage sei das Problem! Hypotheken könne man unter 8 Prozent nicht erhalten. Zur Förderung der Siedlung gehöre eine Hypothekengabe auf den väterlichen Besitz. Ein dem Reichstag vorliegender Entwurf über die Zentralrentenbank sehe eine Fundierung für den Westen zu billigen Zinssätzen vor. Eine Besetzfestigung im Westen sei eine Notwendigkeit! Die Siedlungsfachverständigen hielten 5 Prozent Zinsen einschließlich Amortisation für das Höchstmögliche, sodas 3 Prozent geschenkt werden müßten. Wegen des Allgemeininteresses müsse der Staat oder sonstige kommunale Körperschaften verlorene Zuschüsse leisten, die bei der Annahme von 100 Siedlern im Jahre für Nassau 30 000 Mark erfordern würden.

Der Redner berichtete, er habe mit einer östlichen Siedlungsgesellschaft verhandelt über die Aufteilung eines großen herrschaftlichen Besitzes im Kreise Grünberg, wo 50 Bauernstellen geschaffen werden könnten. Der Boden sei rotleeseelig; Aufteilungspläne seien fertig und genehmigt; der Preis hänge ab von den Ansprüchen, die an die Gebäude gestellt würden; er würde es begrüßen, wenn von der westdeutschen Bauernschaft die Initiative ergriffen werde. Eine Bewegung für Siedlung sei ein Segen für den Westen und den Osten.

Die rege Aussprache, die sich an den Vortrag angeschlossen, ergab die Einmütigkeit der Führerschaft des westdeutschen Alt- und Jungbauernturns, in der so wichtigen Lebensfrage der Siedlung mit aller Entschlossenheit den Vormarsch anzutreten.

### Grzesinski im Kreuzfeuer.

Aus dem Preussischen Landtag.

Berlin, 5. November.

Der Landtag überwies zunächst einige kleinere Vorlagen an die zuständigen Ausschüsse und beriet dann gemeinsam 13 Große Anfragen und Anträge der Deutschnationalen und Kommunisten betr. innerpolitische Vorkommnisse. Nachdem sich der Minister des Innern Grzesinski zur Beantwortung der Großen Anfragen bis auf drei bereit erklärt hatte, begründete Abg. Dr. Marek (Deutschn.) die deutschnationalen Interpellationen über Ausschreitungen der Kommunisten. Allein in den Tagen des Volkentscheids sind gegen Angehörige des Stahlhelms 82 bandenmäßige Ueberfälle ausgeführt worden, wobei 123 Stahlhelmer mißhandelt und 61 schwer verletzt wurden. Das Stöckverbot hat die vaterländischen Vereine fast wehrlos gemacht. Ein großer Teil der Ausschreitungen falle nicht dem Roten Frontkämpferbund, sondern dem Reichsbanner zur Last. An der Politik der Sozialdemokratie, die durch die Furcht bestimmt wird, die Massen an die Kommunisten zu verlieren, werde schließlich auch die in Preußen betriebene Koalitionspolitik scheitern.

Abg. Grube (Komm.) begründete die Großen Anfragen seiner Partei, worin über rechtsgerichtete Verbände Beschwerde geführt wird, sowie einen Antrag seiner Partei, das Demonstrationsverbot und das Plakatverbot des Ministers Sebering aufzuheben.



## Zunnenminister Erzgrün

ergriff darauf das Wort, um sich dem Hause vorzustellen und seinem Vorgänger Sebering einige anerkennende Worte zu widmen. Der Minister beantwortet dann die große deutsch-nationale Anfrage über die Durchsuchungen bei den Führern vaterländischer Verbände und verliest eine vom Gesamtministerium formulierte Antwort, wonach die vom Ministerpräsidenten und vom Ministerialdirektor Dr. Abegg im Landtag abgegebenen Erklärungen gebilligt werden. Die Frage nach den besonderen Unterlagen für das Vorgehen gegen die rheinischen Industriellen und gegen Prof. Bernhard und Kapitän Mann sei bereits von Staatssekretär Dr. Meister im Staatsrat im Mai d. J. beantwortet worden. Auf diese Antwort werde Bezug genommen. Die Frage bezüglich der Anordnung der Hausdurchsuchung sei ebenfalls bereits in Beantwortung kleiner Anfragen beantwortet worden.

In Beantwortung der Großen Anfragen wegen der Ausschreitungen erklärte der Minister, daß solchen Ausschreitungen — ob von rechts oder links — vorgebeugt werden müsse. Er gebe zu, daß die Polizei vielfach zahlenmäßig zu schwach sei, um wirksam durchgreifen zu können, doch könne mit Rücksicht auf den Versailler Vertrag die Zahl nicht beliebig erhöht werden. Unmöglich sei es, alle Ausschreitungen von vornherein zu verhindern. Die Staatsregierung und die Polizei hätten das Recht und die Verpflichtung, jedem einzelnen die Ausübung des Vereins- und Versammlungsrechts zu gewährleisten. Die scharfen Angriffe von rechts und von links seien der beste Beweis dafür, daß sein Vorgänger das Richtige getroffen habe. Er würde keinen Augenblick zögern mit dem Verbot des Roten Frontkämpferbundes, wenn dieser denselben Charakter haben würde, wie Olympia und Wiking. Die Staatsregierung werde die ganze Bewegung rechts und links beobachten, aber nicht in Ueberhaftung etwas tun, was mit den verfassungsmäßigen Rechten der Staatsbürger nicht in Uebereinstimmung steht.

Uebrigens soll die Frage, ob Wiking und Olympia verboten bleiben sollen, nochmals vom Staatsgerichtshof, und zwar in seiner vollen Besetzung, geprüft werden. Wir haben ein Recht, das zu verlangen. Auf Grund unseres Materials sind wir der Ueberzeugung, daß diese Verbände auf dem Wege der Gewalt, der Diktatur die Verfassung stürzen wollten. (Unruhe rechts.) Die Staatsregierung wird die ganze Bewegung, rechts und links, scharf beobachten, aber nichts tun, was mit den verfassungsmäßigen Rechten der Staatsbürger nicht in Uebereinstimmung steht. (Beifall in der Mitte.)

### Die Besprechung.

In der Besprechung erklärte Abg. Szilart (Soz.), die Sozialdemokratie werde nach wie vor an den Standpunkt festhalten, daß Gewalt nicht das rechte politische Machtmittel sei. Gegen die Verwilderung der politischen Sitten müsse eingeschritten werden. Wenn die Rechte mit Mitteln der Gewalt gegen die Republik antenne, dann werde die sozialistische Partei auf dem Plane sein.

Abg. Bork (Deutschnat.) ging auf die Hausdurchsuchungen bei den Industriellen des Rheinlandes und bei Führern der vaterländischen Verbände im Mai d. J. des näheren ein. Die Regierung habe keine positiven Gründe für ihre damaligen Maßnahmen gehabt. Ministerpräsident Braun habe bewußt den Landtag irregeführt, als er in seiner Rede vom 17. Mai es so darstellte, als ob die berüchtigte Notverordnung bei den Hausdurchsuchungen gefunden sei. Es entspricht nicht der Würde eines preussischen Ministerpräsidenten, daß er einen Mann wie den Landwirtschaftsministerpräsidenten Freiherrn v. Lüning in einer Rede in der Plenarsitzung beleidigte, nur auf Grund von Spitzelnachrichten, die ihm hinterbracht waren. Dr. Abegg hat im Landtag erklärt, daß die Beweise und Namen derjenigen, die Beweise geliefert hätten, dem Oberreichsanwalt übergeben seien. Diese Angabe ist falsch gewesen. Der Oberreichsanwalt hat erst aus dem Bericht der Rede erfahren, daß er solche Beweise besitzen solle. Dr. Abegg mußte auch bei der gerichtlichen angeordneten Vernehmung zugeben, daß er keine Beweise und Namen habe. Von seiner Rede ist eine bewußte Irreführung des Landtages festzustellen.

Auf die Beschwerden der Herren Kirdorf, Wöglar, Wiskott, Löwenstein usw. sind die widersprechendsten Angaben von der

Staatsanwaltschaft gemacht worden. Alles das ist bezeichnend für diesen politisch angelegten Skandal. Wenn Ministerpräsident Braun, der die Verantwortung trägt, den Mißgriff nicht zugeben will, so zeigt er, daß er nur der Parteimann und nicht der höchste Beamte des Staates sein wird. (Lebh. Beifall rechts.)

Abg. Dr. Schwering (Zr.) erklärt: Auch wir bedauern die Vorkommnisse.

Abg. Heidenreich (D. Rp.) führt unter großer Unruhe der Linken aus, daß seine Freunde von den Erklärungen des Ministers nicht befriedigt seien. Durch das Verhalten der preussischen Regierung würde die Republik geradezu gefährdet. Im übrigen erklärt der Redner, daß die Deutsche Volkspartei immer bewiesen habe, daß sie eine monarchistische Partei sei. Zu dem letzten Satz verbreitet das Wolffbüro nachstehende Richtigstellung: Im übrigen erklärt der Redner, wenn wir in Opposition zur heutigen Regierung stehen, dann gilt der Kampf nicht der Republik und diesem Staat. Der Kampf gilt der Regierung, weil sie nicht dem Willen des Volkes entspricht und wir mit ihren Maßnahmen nicht einverstanden sind. Die Deutsche Volkspartei hat im Reich und Land gezeigt, daß Vaterland und Staat ihr höher stehen, als die Partei. Wir fordern von dieser Regierung und diesem Staat Gerechtigkeit für alle ohne Ansehen der Partei.

Gegen 5 Uhr wird die Weiterberatung auf Sonnabend 11 Uhr vertagt.

## Die Hilfsaktion für den deutschen Osten.

Das „Sofort-Programm“ noch nicht bewilligt.

Berlin, 5. November. Im Reichstagsausschuß für die Ostfragen gab Reichsinnenminister Dr. Kütz eine Uebersicht über die geplante Unterverteilung der im Nachtragshaushalt für 1926 für die Ostgebiete angeführten 32 Millionen Reichsmark (das sogenannte Sofort-Programm). Insgesamt sind nach dieser Uebersicht vorgesehen an Verwaltungsmaßnahmen für Wohnungsbau 4 Millionen, für Gesundheits- und Jugendpflege 1,4 Millionen, für besondere wirtschaftliche Maßnahmen 1,156 Mill., für Hausneubauten 1,2 Mill., für Fach- und Berufsschulen 800 000 Mark, für landwirtschaftliche Fragen 4,56 Mill., für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung 1,704 Mill., für kirchliche Angelegenheiten 2,8 Mill., für Schulbauten 6,74 Mill., insgesamt 24 Millionen Mark. An Kreditmaßnahmen sind vorgesehen als Hilfe für die ostpreussische Landwirtschaft 5 Mill., für Industrie- und Mittelstandskredite 3 Millionen, davon für Industriebetriebe für Ostpreußen 1 Million, für Mittelstandskredite für den Osten 2 Millionen, insgesamt also 8 Mill. Mark.

Der Ausschuß kritisierte das „Sofort-Programm“ teilweise sehr scharf. Vor allem seien die Kreditmaßnahmen für den Mittelstand in dem Sofort-Programm nicht berücksichtigt worden. Demgegenüber wird von Regierungsseite darauf aufmerksam gemacht, daß doch der Name „Sofort-Programm“ schon deutlich darauf hinweise, daß es sich nur um eine Abschlagszahlung handelt, um die Not des Ostgebietes zunächst so schnell wie möglich zu mindern. Der Ausschuß beschloß die Zustimmung zu dem Sofort-Programm auszusprechen und morgen erst den Reichsfinanzminister zu hören, ob es möglich ist, noch weitere Mittel für die Kreditmaßnahmen des Mittelstandes und für Niederschlesien flüssig zu machen. Sollte der Reichsfinanzminister eine gegenteilige Erklärung abgeben, so müsse dann eben der Ausschuß die im Sofort-Programm vorhandenen 32 Millionen Reichsmark in anderer Weise verteilen.

Zur Linderung der besonderen Kreditnot, die durch die Schwierigkeiten aus der willkürlichen Grenzziehung im Osten entstanden ist, hat sich die Reichsregierung entschlossen, im Rahmen des Ostprogramms 2 Millionen Reichsmark für Kredite an den gewerblichen Mittelstand der östlichen Provinzen Preußens beim Reichstag anzufordern.

## Englands Streitverluste.

270 Millionen Pfund Sterling.

London, 4. November. Walter Runciman schätzt den Gesamtverlust infolge des Bergarbeiterstreiks auf 260—270 Millionen Pfund Sterling.

liegt der Sachverhalt, und nun leugnen Sie, Herr Baron, wenn Sie es vermögen.“

„Eckehard hatte sie losgelassen. Es flog ihm wie rotes Blut vor den Augen auf und sein alter Jähzorn brach aus.“

„Was haben Sie zu sagen, Herr Baron?“

Er hatte ihn an der Brust gefaßt.

„Was ich schon sagte, daß Ihre Gattin einen Scherz...“

„Können Sie in Uebereinstimmung, den Ruf von meiner Frau gefordert zu haben?“

„Ich sagte Ihnen, ein Scherz...“

„Nun wohl, so haben Sie hier meine Antwort.“

Der Baron taumelte zurück, er hatte des Doktors Hand auf seiner Wange gespürt. Nun wandte sich Eckehard ab und sagte eisig:

„Ich denke, Sie werden es vorziehen, das Sanatorium noch heute zu verlassen.“

Der Baron zitterte vor Wut und Scham.

„Herr Doktor, das werden Sie mir büßen.“

„Ich sehe zu Ihrer Verfügung, komm, Rita.“

Rita wußte nicht, wie ihr zumute war. Sie schritt an Eckehards Seite dahin, aber sie sah und hörte nichts und unwillkürlich war er, der Erregung seines Innern folgend, fast gestürzt. Er ging direkt durch den Hintereingang in die Villa, und beide merkten nicht, daß Frau Willner in der Tür stand und sie erschreckt ansah. Wie sie in ihrem Zimmer waren, sprach Eckehard, und noch lang seine Stimme wie verflort:

„Nun sage mir bitte den ganzen Hergang, aber genau. Ich muß es wissen.“

Rita erschraf. So hatte sie Eckehard nie gesehen. Es war, als habe die Belcidigung seines Weibes etwas in ihm ausgelöst, vor dem sie selbst erzittern mußte, und fast schien es ihr, als sei er ihr böse.

„Eckehard, um Gottes willen, ich glaube, du zürst auch mir.“

„Wie sollte ich dir zürnen. Du hast den Lump ja durchschaut. Warum habe ich ihm nicht die Tür gewiesen, wie du es von mir verlangt hast. Wenn du einen Fehler begangen hast, dann war es nur der, daß du den Mann überhaupt um Verschwiegenheit gebeten hast. Schon der Umstand, daß er seine große Entdeckung so heimlich und hinter meinem Rücken gegen dich ausspielte, mußte dir zeigen, wie er es meinte. Und was war dabei? Nach wem habe ich zu fragen? Bin ich noch von einer bornierten Gesellschaft abhängig wie vor drei Jahren? Wer hat mir dreinzureden, aus welchen Kreisen ich

Eine Nachprüfung dieser Zahlen ist kaum möglich. Wahrscheinlich werden die erlittenen Verluste aber weit höher sein. Es fragt sich, ob zur Errechnung dieser Zahl nur der Ausfall an Kohlenexporten und die Ausgaben für Kohlenimporte als Grundlage genommen wurden. Selbst aber, wenn auch schätzungsweise die Verluste der anderen stark in Mitleidenenschaft gezogenen Industrien und die Ausfälle im Frachtgeschäft mit berücksichtigt sind, bleiben immer noch die schwer abzuschätzenden Schädigungen, die durch die Verschiebungen auf den Weltmärkten als dauernde Verluste verursacht wurden. Natürlich wird die englische Industrie und der Kohlenbergbau große Anstrengungen machen, um die verlorenen Verbindungen wiederzugewinnen, aber ohne weitere beträchtliche Opfer wird sich das nicht ermöglichen lassen. Somit ist der Gesamtschaden, den England durch den monatelangen Streit erleidet, ziffermäßig wohl kaum abzuschätzen, geschweige denn festzuhalten.

## Deutsches Reich.

Berechtigte Besorgnis. Die „Vossische Zeitung“ wendet sich in nicht uninteressanter Weise gegen die neuen Wahlrechtsreformpläne des Reichsinnenministers Kütz. Das Blatt teilt zunächst mit, daß die Hauptbestimmung des Entwurfs folgende sei: In dem Bestreben, möglichst weitgehend das Auftreten von Splinterparteien und Partigruppchen zu verhindern, wird in dem neuen Entwurf bestimmt, daß Parteien, denen es nicht gelungen ist, in einem einzelnen Wahlkreise mit ihrem Kandidaten durchzudringen, überhaupt kein Mandatrecht haben. Die Wahlziffer, die jetzt 60 000 Stimmen für einen Abgeordneten beträgt, soll in Zukunft auf 70 000 erhöht werden. Die „Voss. Zeitung“ knüpft daran folgende Bemerkung: „Diese Bestimmung hat im Reichstag bereits scharfen Widerspruch erweckt. Abgeordnete, die sich in der Wahlagitatorik und im Wahlgeschäft auskennen, sind der Meinung, daß, wenn diese Bestimmung Gesetz wird, alle Mittelparteien mit Ausnahme des Zentrums verschwinden werden, da sie in den kleinen Einzelwahlkreisen nicht über so große geschlossene Wählermassen verfügen, daß ein Einzelwahlkreis die notwendigen 70 000 Stimmen aufbringt.“ Die Tante Wöb hat Recht, sich aufzuregen. Denn zu den Mittelparteien, die verschwinden werden, gehören in erster Linie die Demokraten!

## Auslands-Rundschau.

Eine spanisch-italienische Verschwörung. Die französische Polizei hat in der Nähe der französischen Grenze zahlreiche Verhaftungen vorgenommen, die mit einer separatistischen Verschwörung zusammenhängen sollen. Wie eine Hausdurchsuchung bei Macia, dem Führer der katalonischen Separatisten, ergab, hatten die spanischen Verschwörer bereits Marlen und Gelscheine für die „katalonische Republik“ vorbereitet. Zahlreiche kompromittierende Korrespondenzen konnten noch vor Eintreffen der Polizei verbrannt werden. Die Polizei glaubt, genügend Anzeichen dafür gefunden zu haben, daß ein ähnlicher Angriff wie gegen Nordspanien auch gegen Italien geplant gewesen sei. In Lizza sind augenblicklich eifrig Nachforschungen im Gange. Das von Macia angeworbene Expeditionskorps, in dem sich auch zahlreiche Italiener befanden, sollte am Donnerstag die spanische Grenze überschreiten. Nach dem Siege ihrer Bewegung sollten die Katalonier einen Angriff gegen den italienischen Faschismus mit allen Kräften unterstützen.

## Vermischtes.

Raubmord an einem Hotelgast in Dortmund. Ein junger Mann namens Franz Frieze aus Herne kehrte kurz nach Mitternacht in sein Hotelzimmer zurück. Er hat den Hausdiener, ihn am Morgen nicht zu früh zu wecken, da er sich ausschlafen wolle. Nachdem das Zimmermädchen am nächsten Mittag wiederholt vergeblich geklopft hatte, wurde die Tür mit einem zweiten Schlüssel geöffnet. Den Eintretenden bot sich ein furchtbarer Anblick. Das Bett, in dem Frieze geschlafen hatte, war vollkommen mit Blut besudelt. Ebenso waren Wände und Fenster mit Blut bespritzt. Auf dem Boden vor dem Bette befand sich eine große Blutlache. Frieze selbst war im Zimmer

meine Gattin wähle, wenn nur ich überzeugt bin, daß sie meiner würdig ist? Das hättest du bedenken können, und das ist der einzige Fehler, den du begangen. Nein, Rita, weine nicht. Ich spreche heute vielleicht hart, weil ich empört bin über den Lumpen. Komm' her, mein Herz, er hat seine Züchtigung erhalten.“

Aber Rita zitterte, denn des Barons Worte gelitten in ihren Ohren.

Eckehard schritt noch einige Male im Zimmer auf und nieder, dann richtete er sich auf:

„So, Rita, jetzt ist es vorüber, nun will ich in die Nachmittagsprechstunde. Du siehst, ich bin vollkommen ruhig, und wenn ich zurückkomme, dann wollen wir gar nicht mehr von der ganzen Sache sprechen. Zum zweiten Male sollen uns Fremde nicht unser Glück schmälern.“

„Ach, Eckehard, ich habe Angst vor der Rache des Barons.“

Du hast ihn geschlagen.“

„Ich habe ihn gezüchtigt, wie er es verdiente, nun denke ich, wird er mir nicht zum zweiten Male meinen Weg kreuzen.“

Er wartete keine Antwort ab und ging durch den verbedeten Gang, der die Villa mit dem Sturhaus verband, zu diesem hinüber.

Rita blieb regungslos sitzen und schaute mit leeren Blicken in die Ferne. Sie hatte eine Furcht in sich und wußte nicht, ob sie mehr den Baron oder den Jähzorn ihres Gatten, den sie zum ersten Male mit erlebte, fürchtete. Da kam Frau Willner herein. „Was ist denn nur geschehen, Kind? Ihr lauft beide an mir vorüber, als fähet ihr mich gar nicht?“

Es war Rita wie eine Erlösung und wieder wie damals barg sie das Haupt im Schoß der alten Frau und erleichterte ihr Herz. Aber Frau Willner hatte ein ernstes Gesicht.

„Wäre nur Eckehard nicht dazugekommen. Die Sache an und für sich hätte euch hier nicht viel schaden können. Es wäre besser gewesen, die Männer wären nicht zusammengegeraten.“

Rita schlang den Arm um ihren Hals.

„Nicht wahr, nun kann Schlimmes daraus werden und wieder bin ich schuld.“

„Daß jetzt alle nutzlosen und unberechtigten Selbstanklagen, jetzt müssen wir auf der Hut sein.“

Aber beide Frauen hatten nicht gesehen, daß inzwischen zwei Herren im geschlossenen Auto vor dem Sanatorium vorbeifahren waren.

(Fortsetzung folgt.)

## Die Zirkusreiterin.

Von Otfried von Hanstein.

(35. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Sie haben recht, meine Gnädigste, es bedarf nur Ihres Befehls, gleichwege denn Ihrer Bitte, um mir unverbrüchliches Schweigen aufzuerlegen. Im Gegenteil, es macht mich glücklich, wenn dadurch ein vertrautes Geheimnis zwischen uns besteht. Sie werden ja verstanden haben, daß es nicht nur müßige Neugier war, die mich dazu trieb, Ihnen nachzuspüren, sondern daß es mehr, viel mehr ist, daß ich —“

„Sprechen Sie nicht weiter, um Gottes willen, Herr Baron, sprechen Sie nicht weiter.“

Aber er hielt sie am Arme fest.

„Sie müssen mich hören. Sie müssen wissen, daß ich Sie liebe, daß ich Sie anbede.“

„Herr Baron, ich schreie um Hilfe.“

„Das werden Sie nicht tun und es wäre auch töricht. Ich weiß, Sie sind die Gattin meines Arztes, und ich habe nicht die Absicht, ein Ehebruchsdrama aufzuführen, aber ich soll Ihnen dienen und will meinen Lohn. Ich verspreche Ihnen, noch heute von hier abzureisen, ohne daß ein Mensch etwas von meiner Entdeckung erfährt, wenn Sie mir gestatten, nur einmal Ihren Mund zu küssen...“

Er wollte sie an sich ziehen, sie aber riß sich los und wollte ihm entfliehen. In diesem Augenblick stand wie aus der Erde gewachsen Eckehard vor ihnen.

„Eckehard, Gott sei Dank! Schütze mich! Rette mich!“

Sie klammerte sich um seinen Hals.

„Ja, Rita, was ist geschehen?“

Jetzt sah er den Baron, der im ersten Augenblick wie gelähmt dagestanden und nun nicht wußte, ob er bleiben oder gehen sollte.

„Herr Doktor, Ihre Frau Gemahlin ist sehr nervös und hat einen kleinen Scherz ibernommen.“

Nun aber, wo Eckehard bei ihr war, hatte Rita ihre Sicherheit wieder.

„Es war kein Scherz, Eckehard. Der Baron hat meinen Verhältnissen nachgespiert und durch einen Zufall erfahren, daß ich die frühere Kunstreiterin Rita Garpena bin, der er schon nachgestellt hat, als sie noch ein Kind war. Ich bin ihm, von dieser Entdeckung zu schweigen, und er machte seine Diskretion davon abhängig, daß ich mich von ihm küssen lassen sollte. So







## Zwangs-Versteigerung.

Im Wege der Zwangs-  
vollstreckung soll am 11. Ja-  
nuar 1927, vormittags 11 1/2  
Uhr an der Gerichtsstelle,  
Zimmer Nr. 2 — versteigert  
werden das im Grundbuche  
von Stolpmünde Band VII,  
Blatt Nr. 502 (eingetragene  
Eigentümer am 20. Oktober  
1926, dem Tage der Ein-  
tragung des Versteigerungs-  
vermerks: Der Gärtner Erich  
Sopke und seine Ehefrau  
Minna geb. Zacharias, beide  
in Stolpmünde als Miteigen-  
tümer kraft allgemeiner Gü-  
tergemeinschaft) eingetragene  
Grundstücks, Gemarkung  
Stolpmünde, Kartenblatt 1,  
Parzelle  $\frac{1910}{101} \frac{1949}{101} 52 a$   
38 qm groß, Reinertrag 0,14  
Tr., Grundsteuer Mutterrolle  
Art. —, Nutzungswert — M.,  
Gebäudesteuerrolle Nr. —.  
Es ergeht die Aufforderung,  
Nachte, soweit sie zur Zeit  
der Eintragung des Verstei-  
gerungsvermerks aus dem  
Grundbuche nicht ersichtlich  
waren, spätestens im Ver-  
steigerungstermine vor der  
Aufforderung zur Abgabe von  
Geboten anzumelden und,  
wenn der Gläubiger wider-  
spricht, glaubhaft zu machen,  
widrigenfalls sie bei der Fest-  
stellung des geringsten Ge-  
bots nicht berücksichtigt und  
bei der Verteilung des Ver-  
steigerungserlöses dem An-  
spruche des Gläubigers und  
den übrigen Nachste nachge-  
setzt werden.

Stolp, den 1. Nov. 1926  
Das Amtsgericht

### la. Bohnermasse

in bekannter Güte empfiehlt  
J. de Veer, Langestraße 13.



## Große Auswahl Pulloververstoffe

Das Neueste, Beste zum niedrigsten Preis!

### Strickstoffe gewirkt

in reicher Auswahl und geschmackvollen Ausmusterungen . . . . .	1.35
indanthren gefärbt . . . . .	1.75
mit kunstseidenem Effekt . . . . .	2.10
wollgemischt . . . . .	2.25
reine Wolle . . . . .	3.50
130 cm breit ganz schwere Ware, reine Wolle . . . . .	8.25
◆	
Wolltrikot in vielen Farben, 140 cm breit . . . . .	8.50
◆	

Die Pulloverstoffe erfreuen sich einer immer  
grösseren Beliebtheit wegen ihres dankbaren  
Tragens und ihrer vielseitigen Verwendungs-  
möglichkeiten für Pullover, Strickkleider usw.

Mustersendungen und alle Aufträge portofrei.

## Gustav Zeeck.

### Albrecht-Konzert

(im Abonnement)  
Mittwoch, den 10. November 1926, abends 8 Uhr  
im Schützenhause:

## Professor Gustav Havemann

(Violine)

Lydia Hoffmann-Behrendt

(Klavier)

— Bechstein-Konzertflügel von Rolf Medger. —

Programm:

Violin-Soli und Duos mit Klavier von Schubert,  
Dvorak (Konzert), Hindemith, Klaviersolo von  
Schumann usw.

Einlasskarten in der Musikalienhandlung  
Felix Albrecht.

### Theatergemeinde Stolp.

2. Aufführung

## „Ueber den Wassern“

Drama in 3 Aufzügen von Georg Engel.

Donnerstag, den 11. November, 8 Uhr

Mitgliedskarte 1—400

Freitag, den 12. November, 8 Uhr

Mitgliedskarte 401—800

Montag, den 15. November, 8 Uhr

Mitgliedskarte 801 usw.

Die Mitglieder werden gebeten, die Eintritts-  
marken in der Buchhandlung Langenhagen zu  
lösen.

## Piassavabesen

Stück 50 Pfg.

A. P. Hillebrand.

### Trauringe

333 gestempelt  
585 " (Dulatengold)  
900 "

in jeder Größe am Lager.

### Ernst Gast, Holstentorstr. 17.

Bitte genau auf die Firma zu achten.

### Pelzgarnituren

Mantelbesätze und Pelzhüte  
werden neu angefertigt u. umgearbeitet zu billigen Preisen.  
Damenhüte neu am Lager  
Alle Hüte werden umgearbeitet.

### W. Milewski, Wollweberstraße 9.

### Die erste elektrische Feinschleiferei

befindet sich bei

### A. Hodapp

Stolp, Langestr. 11.

Begr. 1885.

Fernruf 502.

Rasiermesser u. -Klingen, Haarschneide-  
maschinen, Taschen- u. Tischmesser,  
Scheren, Wolf- u. Schlachtmesser.

Chirurgische Messer u. Scheren  
werden gut und preiswert geschliffen.

Lager Solinger Stahlwaren!  
Rasierapparate, Streichriemen u. s. w.  
Große Auswahl! Billigste Preise!



### Uhren-Kauf

ist Vertrauenssache.

Ich habe eine große Auswahl in allen Preisen.

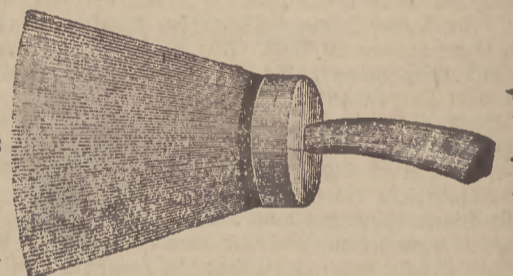
### Ernst Gast

Holstentorstr. 17

Bitte genau auf die Firma zu achten.

### Maurerquaste

Maurer-  
sprampinsel



Carbolenn-  
pinfel

empfiehlt

als eigene Qualitätsarbeit äußerst billig

### Carl Zach Nachf. Inh. Herm. Wille.

Bürsten- und Pinselfabrik.

Langestraße 7.

Stolp i. Pom.

Fernruf 1144.

### Eiserne Ofen

in allen Preislagen

### Genking- Herde und Gaskocher

empfiehlt

### C. F. Gysae.

Luftgetrocknetes

### Dorschmehl u.

Fischmehl

### Brod. Futtertalt

bietet an

### Karl Schröder,

Fernruf 509. Mittelstr. 43.

### Metallbetten

Stahlmatt., Kinderbetten

Eisenmöbelfabr. Suhl (Thür.)

günstig an Priv. Katal 1416 frei.

### Stadtheater

Telephon 419.

Sonntag, den 7. November,

vorn. 1/2 12 Uhr

### Dritte Morgenfeier

Dichtung und Lied

des 20. Jahrhunderts!

Preise: Saal 50 Pfg.,

Galerie 30 Pfg.

Nachmittags 1/2 4 Uhr

Kinder-Vorstellung

Prinzessin Marzipan

Anschließend Verlobung!

Preise v. 20 Pfg. bis 1,25 M.

Abends 1/2 8 Uhr

Der unverwundliche Schwant!

Der Raub der Gabinetinnen

Schwant in drei Akten

von F. v. Schönthan.

Montag, den 8. November,

8 Uhr

Zum letzten Male!

„Der Evangelmann“

Oper in drei Akten

von W. Kienzl.

Dienstag, den 9. November,

8 Uhr

Zum letzten Male!

Der Raub der Gabinetinnen